

Deutschland darf keine- - käufliche Demokratie werden !

deshalb:

- **Abschaffung des Gesetzgebungsmonopols der Parteien.**
Sofortige Einführung von Volksentscheiden (Art.20 GG) auf Bundesebene nach den Gesetzentwürfen von „Mehr Demokratie e.V.“!
Umtrittene Gesetze müssen durch Volksentscheide korrigierbar sein.
- **Offenlegung aller Nebeneinkünfte von Parlamentariern**, damit sich Abgesandte von Interessengruppen nicht länger als Volksvertreter tarnen können.
- **Veröffentlichung aller Steuerzahlungen** wie in Schweden, damit die Klagen über zu hohe Steuer-Abgaben überprüfbar werden.
- **Rücknahme aller Steuervergünstigungen für Spitzenverdiener**, weil dann alle Sozialkürzungen revidiert werden können.
- **Keine Studiengebühren** für das Erststudium, weil Bildung gefördert statt behindert werden muss.
- **Keine Abschaffung von Erschwerniszulagen** für Nacht-, Sonntags- + Feiertagsarbeit, sondern Wiedereinführung der Steuern auf „Veräußerungsgewinne“.
- **Rücknahme der Hartz IV – Gesetze** und Finanzierung aller Sozialhilfe durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.
- **Förderung von Banken + Kontomodellen zur Entschuldung.**
Zum Beispiel: das „OECONOMIA AUGUSTANA-Modell“ nach D. Suhr.

Eine andere, gemeinwohlorientierte Politik ist nötig!

**Gehen Sie auf jeden Fall zur Wahl !
Machen Sie aus dieser Wahl eine Protestwahl !**

Ein Wahlboykott hindert die Alt-Parteien nicht daran so weiter zu machen, wie bisher.

Geben Sie Einzel-Kandidaten und kleineren Parteien mit sozialem, ökologischem und gewaltfreiem Profil Ihre Stimme. Nur so kann Ihre Stimme nicht mehr als Zustimmung für die falsche Umverteilungs-Politik missbraucht werden.
Durchkreuzen Sie den Plan der „Polit-Strategen“, unser Land durch manipulierte „Neuwahlen“ weitere 4 Jahre zu „deformieren“.

Der Bundesvorstand von - Bündnis für die Zukunft - Internet: www.buendnis-zukunft.de

Thomas Bauer Leinaustr.3 30451 Hannover
Email: thomasbauer@buendnis-zukunft.de
Werner Kuhn Linnenkampstr.42 49549 Ladbergen
Email: wernerkuhn@buendnis-zukunft.de
Hans-Joachim Werner Lindenbergr.15 51674 Wiehl
Email: hjwerner@buendnis-zukunft.de

Regionalkontakt:

Kopieren + Weiterverbreitung erwünscht (Stand: 28. August 2005)

oder freie Zusendung ab 50 Exempl. a'0,10 Euro bestellen bei: Bündnis für die Zukunft, Leinaustr. 3, D-30451 Hannover

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger !

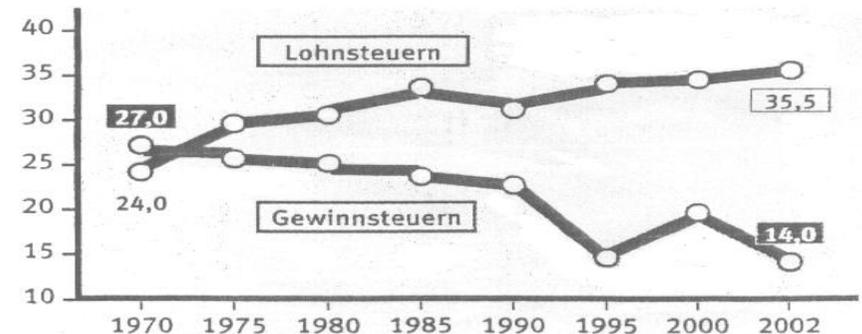
Bündnis für die Zukunft

**Lassen Sie sich vom Medienrummel nicht täuschen,
die nächste Bundestagswahl ist keine Richtungswahl !**

- Es gibt kaum noch Unterschiede in der „Real- Politik“ der etablierten Parteien.
SIE sollen bei dieser Wahl nur dem weiteren Sozialabbau eine zusätzliche „demokratische“ Legitimation verschaffen.
- Schröder, Merkel & Co sollen es dadurch einfacher haben, **soziale Gerechtigkeit als „Neiddiskussion“ zu diffamieren.** Deutschland soll möglichst **ungestört zur Bastion des Neoliberalismus „umgebaut“** werden können.
- Die massenhaften Aufkäufe deutscher Firmen, Versorgungsunternehmen, Wohnungsgesellschaften etc. zeigen schon deutlich wo demnächst abkassiert werden soll.

Wir brauchen aber nicht „mehr soziale Ungleichheit um zu mehr Beschäftigung zu kommen,“ wie Wolfgang Wiegand der Vorsitzende der „Wirtschaftsweisen“ am 15.11.2002 Bundeskanzler Schröder empfahl, sondern **nur** wieder eine gerechtere Verteilung des Sozialproduktes und der Steuern wie zur „Wirtschaftswunderzeit“ und Politiker die keinen Interessengruppen hörig sind.

35 Jahre Umverteilung ist genug !



(Quelle: DGB-Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes)

Eine Rückkehr zur sozialen Marktwirtschaft mit gerechter Beteiligung aller an Sozialprodukt und Steuern wird es aber erst wieder geben, wenn die **hemmungslose Profitsucht der Konzerne keine politische Unterstützung mehr findet.**

Die Fortsetzung der angeblich alternativlosen „Reformpolitik“, wie die seit 35 Jahren praktizierte Vermögensumverteilung heute beschönigend genannt wird, muss von allen, die eine gerechte und konfliktarme Gesellschaft wollen, verhindert werden.

**Alle Sozial-Demontage-Parteien müssen darum
bei kommenden Wahlen abgewählt werden.**

**Glauben Sie kein Wort von den neuen Wahlversprechungen
der CDU/CSU/FDP oder von SPD + Grünen.**

Auch politische Bankrotteure belügen ihre Gläubiger bis zum Offenbarungseid !

- Bündnis für die Zukunft - am 28. August 2005 - www.buendnis-zukunft.de -

Eine andere Politik ist möglich !

durch:

- **Beendigung der Günstlingspolitik für Spitzenverdiener, Konzerne u. Kapitalbesitzer.**
- **Nullrunden für „Zins“- Rentner statt für Arbeitnehmer + Sozial-Rentner.**
- **Keine Massenentlassungen solange Dividenden gezahlt werden.**
Arbeitsplatzsicherung hat Vorrang vor leistungsloser Kapitalvermehrung
- **Verzicht auf sinnlose Militärausgaben.** (MEADS-Raketen, Eurofighter, Auslandseinsätze etc.)
- **Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Handwerks-Dienstleistungen,** um Binnen-Nachfrage + Arbeitsplätze zu schaffen, statt Gewinnsteuersenkungen für Unternehmen.
- **Abschöpfung leistungsloser Kapitaleinkünfte und ein umlaufgesichertes Geld^(1.) !**
^(1.) ... vermeidet Zinsen, die wir dann nicht mehr erwirtschaften und mitbezahlen müssen.

70 Milliarden Euro Zinsen, die 2004 allein für die Staatsverschuldung bezahlt wurden, sind es die alle Staatsorgane handlungsunfähig machen.

- Wer diese Staatsverschuldungs-Parteien trotzdem wieder wählt, gibt damit sein Einverständnis zur Fortsetzung dieser Politik.

Nur ein Zins-Moratorium kann die Staats-Finanzprobleme noch lösen !

- **Die ständig steigenden leistungslosen Zins-Einkommen sind unbezahlbar geworden, - nicht die Sozialsysteme !**
- Die Zinsabgaben an das angeblich „arbeitende Kapital“ müssen dringend auf ihre „Berechtigung“ u. „Bezahlbarkeit“ überprüft werden, nicht Löhne, Renten, Sozialhilfe etc.

Fragen Sie die Verschuldungspolitik wie lange sie ihren Zintribut noch durch den Sozialabbau finanzieren wollen. - Das Schweigen darüber ist bewusste Wählertäuschung.

- Was 2004 alleine durch die Zinszahlungen des Bundes von **38,6 Milliarden** an wirtschaftspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten verloren ging, zeigt der „Stolz“ über **2 Mrd. Investitionen im Straßenbau** oder **1,7 Mrd. Forschungsförderung** in 7 Jahren.
- Die vollmundigen Versprechungen von den „blühenden Landschaften“ in der Ex DDR und jahrzehntelange Vertröstungen auf Besserung der Wirtschaftslage durch Steuerentlastung für Unternehmen, waren und **sind nur die übliche Wählertäuschung, um der neoliberalen Umverteilungspolitik immer wieder eine demokratische Fassade mit anderen gutgläubigen Mehrheiten zu geben.**
- Die Euro-Einführung, EU-Osterweiterung, EU-Verfassung, Sozialabbau, Staatsverschuldung usw. wird auf diese Weise immer ganz „demokratisch“ in IHREM Auftrag ausgeführt !

Auch wie das weitergehen soll kündigt sich schon an !

Die **vor den NRW-Wahlen** von CDU/CSU verteidigte „Eigenheimzulage“ und die „Pendlerpauschale“ sowie **Nachtarbeitszulagen etc.** sollen jetzt abgeschafft werden. Die **Mehrwertsteuer-Erhöhung vor der Wahl** noch als **Konjunktur-Gift** bezeichnet, soll jetzt das Mittel der Unionsparteien zur „Haushaltssanierung“ werden.

Hier soll die Mehrheit nochmals kräftig zur Kasse gebeten werden!

„Unternehmens- Entlastungen“ sollen dagegen fortgesetzt werden. Auch wenn die letzte „Entlastung“ im Jahr 2001 mit 24 Milliarden Euro keinerlei positive Auswirkungen am Arbeitsmarkt hatte. Dagegen waren 24 Mrd. **Steuerausfälle** 2001, 20,7 Mrd. 2002, 15,3 Mrd. 2003, (Zahlen f. 2004 n.n. verfügbar) die Folge „dieser Reform“ zuzügl. der Zinsen.

Diese Umverteilungs-Politik muss beendet werden !
..bevor es zum Finanzkollaps oder zu Notstandsregierungen kommt !

CDU-Pläne zum Bundeswehreinsetz im Innern (zur "Terrorbekämpfung")

...oder die Aussage der CDU-Kanzler-Kandidatin Merkel in ihrer Festrede zum CDU-Gründungsjubiläum am 16.Juni 2005 ..."Deutschland habe keinen Rechtsanspruch auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft für alle Ewigkeitwenn wir nicht bereit sind die Weichen richtig zu stellen" **sollten schon nachdenklich machen.**

Die richtige Weichenstellung für Demokratie und soziale Marktwirtschaft erfordert vor allem: CDU/CSU/FDP+SPD/Grüne als Verursacher der 1,44 Billionen Staatsschulden und über 5 Millionen Arbeitslose abzuwählen. Diese Parteien haben ihre Regierungsunfähigkeit jetzt alle seit Jahren bewiesen.

Eine gerechte, solidarische Gesellschaft ist aber keine Utopie !
Eine breite Bürgerbewegung, wie 1989 in der DDR, die auch parlamentarisch Einfluss nimmt, kann die unsoziale Politik von CDU/CSU/FDP/SPD/GRÜNE beenden.

Werden S i e Mitglied im - Bündnis für die Zukunft -

- **damit eine mitgliederstarke, ideologiefreie Opposition an Einfluss gewinnt.**
- **Wir sind besorgte Bürger, die mit Ihrer Unterstützung die Rückkehr zu einer gemeinwohlorientierten Politik einleiten wollen.**

unter www.buendnis-zukunft.de finden Sie nähere Informationen im Internet.

Werden S i e Multiplikator dieser Informationen !

Bilden Sie mit gleichgesinnten Menschen (die gesetzlich vorgeschriebenen) Landes- und Kreisverbände von - Bündnis für die Zukunft -, damit bei kommenden Wahlen die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik der etablierten Parteien als feudalistisches Umverteilungs-, + Ausbeutungssystem bekämpft werden kann.

Wir helfen Ihnen dabei!

- Nach den Erfahrungen mit zentralistischen Parteistrukturen erhalten bei uns satzungsgemäß die **Orts- und Kreisverbände 80% der Mitgliedsbeiträge,** Wahlkostenerstattungen und anderer Einnahmen, damit eine bürgernahe Politik gewährleistet bleibt.
- Wir haben satzungsgemäß auf die Beteiligungsmöglichkeiten aller Mitglieder an politischen Entscheidungen besonderen Wert gelegt, um eine erneute Etablierung von Berufspolitikerkasten und Seilschaften zu verhindern.

Helfen Sie mit, die Umverteilungs-Organen der Globalisierer zu stoppen.

90% der Menschen werden dadurch ärmer, damit 10% noch reicher werden.

Die kommenden Wahlen bieten die Chance dieses immer ungerechter werdende System noch gewaltlos zu überwinden.